Wie wir ein Monster bekämpfen, das wir selbst füttern – und wer prächtig daran verdient. Von **Volker Neumann**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/261009-Lebensluege-vom-Buerokratieabbau-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Wenn in Sonntagsreden oder auf Wirtschaftsgipfeln über Bürokratie geschimpft wird, ist das Rollenspiel immer dasselbe: Hier der dynamische Macher, dort der träge Staat, der alles mit Paragrafen zustellt. Das Zauberwort heißt gebetsmühlenartig „Bürokratieabbau“. Das klingt griffig, bedient jeden Reflex – und verschweigt stur, woher dieser Paragrafenwust eigentlich stammt. Und vor allem: wer verdammt gut daran verdient.

Die öffentliche Debatte über den angeblichen „Amtsschimmel“ ist in Wahrheit ein perfekt inszeniertes Schauspiel. Medien und Politik lieben die polemische Posse über das absurd aufgestellte Verkehrsschild oder die kryptisch formulierte EU-Richtlinie. Das bringt Klicks und bedient das wohlfeile Stammtisch-Mantra vom dummen Staat. Es lenkt aber verlässlich davon ab, worum es im Kern geht: um eine gigantische Macht- und Kostenverlagerung, die unsere gesamte Gesellschaft umbaut.

Das Gedächtnis unserer eigenen Ängste

Bürokratie fällt nämlich nicht vom Himmel, weil Beamte morgens schlechte Laune haben. Sie ist schlicht das Gedächtnis unserer eigenen Ängste. Hinter fast jeder Vorschrift, jeder Prüfpflicht und jedem Formular steht irgendein Skandal aus der Vergangenheit: ein Pfusch am Bau, ein Lebensmittelskandal oder eine Pleite. Und jedes Mal folgte verlässlich derselbe Aufschrei durch alle Medien: „Wie konnte das passieren? Da muss der Staat doch eingreifen!“

Da liegt die fundamentale Doppelmoral unseres Regulierungsdiskurses. Wir fordern radikale Vereinfachung, verlangen aber im selben Atemzug eine lückenlose Vollkasko-Garantie für das gesamte Dasein. Wir wollen einfache Regeln für alle – solange sie uns nicht selbst betreffen. Sobald der Nachbar eine Gaube baut, die

zwanzig Zentimeter zu hoch ist, der Flug Verspätung hat oder die eigene Steuererklärung auf dem Tisch liegt, rennen wir zum Anwalt und schreien nach Sonderfallregeln, Ausnahmen, Härtefallklauseln und lückenlosem Schutz.

Bürokratie ist das direkte Produkt unserer eigenen Unfähigkeit, Lebensrisiken auszuhalten. Wer also lautstark fordert, die Axt an die Gesetze zu legen, müsste ehrlich dazusagen, welches Risiko wir ab morgen wieder auf die eigene Kappe nehmen wollen.

Die Verwaltung als unbezahlt Frondienstleistung

An dieser Stelle kommt regelmäßig die große Erlösungsphantasie ins Spiel: die Digitalisierung. Man müsse schließlich nur die alten Aktenordner einscannen, ein paar Online-Portale hochziehen und Algorithmen die Arbeit machen lassen – schon löst sich der behördliche Mief von allein auf. In der Praxis passiert genau das Gegenteil: Die Digitalisierung baut Bürokratie nicht ab, sie macht sie maßlos.

Das alte Papierformular hatte eine unschätzbare Eigenschaft: Es war physisch begrenzt. Jede zusätzliche Frage kostete Papier und bedeutete reale Arbeit beim Abheften. Der Bildschirm kennt diese Grenze nicht. Weil Bits und Bytes nichts kosten, verführt das Digitale zu einer völlig schamlos gewordenen Kontrollwut. Wo früher eine Stichprobe reichte, verlangt die Eingabemaske heute lückenlose Abfragen.

Was hier unter dem Deckmantel des technologischen Fortschritts tatsächlich geschieht, ist eine handfeste Arbeitslastverlagerung: Der Staat spart Personal an den Schaltern, schraubt den Service zurück und wälzt diese ganze bürokratische Frondienstleistung komplett auf die Bürger und die Betriebe ab.

Wir sind heute alle unsere eigenen, unbezahlten Sachbearbeiter. Wir tippen Daten in Masken, scannen Nachweise, korrigieren Systemfehler und bringen den Nachweis der eigenen Unschuld gleich selbst mit. Es ist eine administrative Fronarbeit, die in den Bilanzen der Politik zynisch als „Effizienzgewinn“ verbucht wird, weil die Kosten nicht mehr im Staatshaushalt auftauchen, sondern in unserer Lebenszeit.

Das Geschäft mit dem „Proof of proof“

Dabei verschiebt sich der Inhalt der Arbeit auf absurdeste Weise. Wir müssen sauber trennen zwischen sinnvoller Regulierung und reinem Bürokratismus.

Regulierung beantwortet die materielle Frage: Was muss gewährleistet sein? (Hält die Brücke? Ist das Essen sauber?) Bürokratismus beantwortet irgendwann nur noch die Frage: Wie können wir beweisen, dass wir bewiesen haben, dass wir es gewährleistet haben?

Es entsteht ein Wust aus Proof-of-proof-Mechanismen. Die eigentliche Qualität oder Sicherheit tritt völlig in den Hintergrund; entscheidend ist nur noch die lückenlose Papier- und Code-Spur für den Fall einer Haftungsklage.

Die Transmutation: vom Schutzverein zum privaten Prüfmonopol

Genau an dieser Schnittstelle der Haftungsangst entsteht ein privatisierter Milliardenmarkt. Der Wandel lässt sich historisch an einer Institution ablesen, die jeder Deutsche kennt: dem TÜV.

Entstanden sind die Technischen Überwachungsvereine im 19. Jahrhundert als reine Selbsthilfeorganisationen der Industrie – als Dampfkessel-Überwachungsvereine. Der Auftrag war klar, konkret und technisch begründet: Man wollte verhindern, dass Kessel explodieren und Menschen sterben. Es war ein gemeinnütziger Schutzauftrag im Dienste der Allgemeinheit.

Heute haben sich die TÜV-Gesellschaften längst in global agierende, gewinnorientierte Dienstleistungskonzerne verwandelt. Sie prüfen längst nicht mehr nur Autos oder Fabrikaufzüge. Ihr Wachstumsfeld ist die unendliche Weite der privaten Zertifizierung: Sie verkaufen weltweit ISO-Siegel, Datenschutz-Audits, Nachhaltigkeitszertifikate (ESG) und Compliance-Prüfungen.

Wer an dieser Entwicklung weiter zweifelt, muss nur auf den Aufstieg der „Big Four“ blicken – PwC, EY, Deloitte und KPMG. Diese Giganten sind längst nicht mehr nur Buchprüfer. Sie sind die Architekten dieser neuen Weltordnung. Das Geschäftsmodell ist ökonomisch brillant: In Gremien und Ministerien schreiben sie an neuen Komplexitätsmonstern wie ESG-Richtlinien oder Taxonomien fleißig mit – um anschließend bei den Unternehmen anzuklopfen und die passenden Zertifikate, Prüfverfahren und Beraterverträge gegen saftige Stundensätze zu verkaufen.

Der Burggraben der Großkonzerne

An dieser Stelle entgegnet die Markt-Lobby gerne: „Aber ein privates Unternehmen wie der TÜV macht das doch viel effizienter als eine träge Staatsbehörde! Und

müssten die Großkonzerne gegen diese Flut an Auflagen nicht genauso Sturm laufen?“

Das klingt eingängig, übersieht aber die ökonomische Machtlogik. Für einen Multikonzern ist die Zertifizierungsindustrie kein Hindernis, sondern der denkbar beste Schutzwall gegen Konkurrenz.

Ein Konzern verteilt die Kosten für Compliance-, ISO- und ESG-Abteilungen auf Milliardenumsätze. Für ihn sind die Gebühren der Prüfkonzerne Portokasse. Für den mittelständischen Zulieferer, den Handwerksbetrieb oder das junge Start-up bedeuten dieselben Auflagen dagegen den finanziellen und administrativen Kollaps.

Es entsteht ein mächtiger Burggraben-Effekt: Ein agiler Herausforderer mag das innovativere, günstigere oder nachhaltigere Produkt haben. Er scheitert aber nicht am Markt oder am Kunden, sondern an der Unmöglichkeit, die vom Einkauf der Großkonzerne geforderten Prüfsiegel und Risiko-Audits zu finanzieren. Bürokratie stellt das Geschäftsmodell der Riesen nicht infrage – sie zementiert ihre Marktmacht und hält den Nachwuchs vom Markt fern.

Der Weg in den Regulierungsfeudalismus

Dass wir diese Entwicklung kaum hinterfragen, liegt an einer psychologischen Falle im wahrgenommenen Absender. Staatliche Bürokratie erleben wir unmittelbar als Zwang und Bevormundung: Formular, Frist, Bescheid. Wir fragen sofort: Warum muss ich das? Private Regulierung kommt dagegen im Gewand der Vernunft daher. Sie nennt sich „Qualitätssicherung“, „Compliance“, „Zertifizierung“ oder „Best Practice“. Wir akzeptieren sie bereitwillig, weil sie wie ein Stück Professionalität wirkt.

Hier schließt sich der Kreis der unternehmerischen Doppelmoral. Wenn Wirtschaftsverbände und Großkonzerne gebetsmühlenartig den „Abbau der Staatsbürokratie“ fordern, geht es ihnen keineswegs um das Ende von Kontrollen. Es geht um die gezielte Entmachtung des Staates als Schiedsrichter.

Ein staatliches Gesetz hat für Konzerne nämlich einen entscheidenden Nachteil: Es entsteht in einem demokratischen Prozess, gilt für alle gleichermaßen und unterliegt der Kontrolle von Parlamenten und unabhängigen Verwaltungsgerichten. Gegen staatliche Entscheidungen gibt es den Rechtsweg. Private Regelsysteme hingegen sind ein Heimspiel für die Riesen. In den Normungsausschüssen der ISO

und den Zirkeln der großen Prüfgiganten bestimmen nicht gewählte Abgeordnete die Regeln, sondern diejenigen mit den größten juristischen und finanziellen Ressourcen.

Der lautstarke Ruf nach der Abschaffung der „staatlichen Bürokratie“ ist in Wahrheit die Einforderung einer Privatisierung der Macht. Der Staat soll sich als Schiedsrichter aus dem Spiel zurückziehen und das Feld einem privaten Kartell aus Konzernen, Auditoren und Beratern überlassen.

Am Ende stehen wir vor einer bemerkenswerten Lebenslüge: Wir verachten den staatlichen Amtsschimmel, unterwerfen uns aber klaglos einem privatwirtschaftlichen Regulierungsfeudalismus, in dem der Großkonzern die Regeln schreibt, der Prüfkonzern kassiert und der Bürger den unbezahlten Frondienst leistet.

Titelbild: Thomas Bethge / Shutterstock